

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 80 38/39  
Telek. 886 846 pbbn d



## Inhalt

39. Jahrgang / 186

26. September 1984

Karl Josef Denzer MdL,  
Vorsitzender der SPD-  
Fraktion im Landtag von  
Nordrhein-Westfalen, wür-  
digt die gemeindefreund-  
liche Politik an Rhein  
und Ruhr: Gegengewicht  
zur Wende. Seite 1

Ernst Welteke MdL, Vor-  
sitzender der SPD-Frak-  
tion im Hessischen Land-  
tag, resümiert ein Jahr  
Hessen nach der Landtags-  
wahl: Klarer Kurs gegen  
die Bonner Wende.  
Seite 4

Jan Oostergetelo MdB,  
Stellvertretender Obmann  
der SPD-Fraktion im Agrar-  
ausschuß des Deutschen  
Bundestages, zum Streit  
Strauß/Kiechle: Die Poli-  
tik des Landwirtschafts-  
ministers ist ruinös.  
Seite 6

### Gemeindefreundliche Politik an Rhein und Ruhr

Nordrhein-Westfalen ein Gegengewicht zur Bonner Wende

Von Karl Josef Denzer MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-  
Westfalen

Bei aller Bedeutung, die den Kommunalwahlen am nächsten Sonntag in Nordrhein-Westfalen zukommt, wird sich bei der Auszählung der Stimmen auch zeigen, ob die gemeindefreundliche Politik der Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr anerkannt wird. Denn die Leistungen des Landes für seine Städte und Gemeinden können sich im bundesweiten Vergleich nicht nur sehen lassen, sie sind sogar hervorragend.

Nordrhein-Westfalen gehört zu den Bundesländern, die die kommunale Selbstverwaltung bei der Lösung staatlicher Aufgaben am weitesten ausgebaut haben.

Nordrhein-Westfalen nimmt beim Abbau von Bürokratie die Spitzenstellung ein.

Nordrhein-Westfalen sichert seinen Städten und Gemeinden eine kommunale Finanzausstattung, die angesichts der eigenen Haushaltskonsolidierungsprobleme des Landes bei weitem nicht selbstverständliches Ergebnis verfassungsrechtlicher Garantien, sondern besondere Leistung sozialdemokratischer Landespolitik ist.

Der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1985 zeigt sehr deutlich, daß die Finanzausweisungen an die Gemeinden nicht Manövriermasse des Landeshaushaltes sind: Die Leistungen des Landes im Steuerverbund steigen um 9,4 Prozent, während das Gesamtvolumen des Landeshaushaltes nur um 2,2 Prozent steigt.



In krassem Gegensatz dazu steht die derzeitige Bonner Wende-Politik. Zwar hat der CDU-Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Waffenschmidt, den Städten und Gemeinden schon für das übernächste Jahr eine Finanzentwicklung prophezeit, bei der die Kommunen insgesamt mehr einnehmen werden als sie ausgeben müssen. Wie das funktionieren soll, wird aber offenbar erst nach den Wahlen verraten.

Tatsache ist, daß allein den nordrhein-westfälischen Gemeinden durch die beabsichtigte Steuerreform Einnahmeausfälle von über 1,5 Milliarden Mark in den Jahren 1986 und 1987 "beschert" werden. Vor diesem Hintergrund kann die Waffenschmidt-Prognose nur als unseriös und weltfremd bezeichnet werden.

Wenn weiter behauptet wird, Kohls Bundesregierung habe Wort gehalten, weil sie die Verschiebebahnhofs-Politik der früheren Bundesregierung zu Lasten der Kommunen nicht fortsetzt, so ist das ein doppelter Witz:

Erstens regiert Kohl nicht, und zweitens hat die Bundesrepublik noch nie eine so massive Kostenumwälzung vom Bund auf die Kommunen erlebt wie im Bereich der sozialen Sicherung. 1983 stiegen die Sozialhilfeausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 5,2 Prozent. In diesem Jahr setzt sich diese Tendenz ungehemmt fort. Allein im ersten Halbjahr 1983 bereits um 5,4 Prozent. Das bedeutet für die kreisfreien Städte Mehrbelastungen von rund 60 Millionen Mark!

Verantwortlich für diese Kostensteigerungen sind vor allem die Leistungseinschränkungen der Bundesanstalt für Arbeit auf Kosten der Sozialhilfe-Etats der Gemeinden. Allein für die Hilfe zum Lebensunterhalt bedeutete dies in der Stadt Duisburg einen Belastungsanstieg um zusätzlich rund 7,2 Millionen Mark im Jahr 1983.

Die Aufwendungen für Arbeitslose ohne jeden Anspruch nach dem Arbeitsförderungsgesetz stiegen um rund 6,9 Millionen Mark an, so daß sich eine Zusatzbelastung von insgesamt 14,1 Millionen Mark allein für Duisburg ergibt.

Soviel zum Verschiebebahnhof Bonn.

In der Wahlkampfauseinandersetzung nervös geworden, hat nun auch der nordrhein-westfälische CDU-Spitzenkandidat Worms das Florett der politischen Auseinandersetzung mit der Hellebarde vertauscht. In seiner Rede auf dem Landesparteitag der CDU Westfalen/Lippe am 18. August 1984 sagte Worms: "Meine Freunde: Der von der nordrhein-westfälischen Landesregierung betriebenen Gleichschaltung der Gemeinden setzen wir eine Politik selbstverantworteter Freiheit entgegen."

Den Jüngeren unter uns muß dazu gesagt werden, daß Gleichschaltung ein Instrument nationalsozialistischer Machtergreifung in allen Gesellschaftsbereichen nach 1933 war. Da sind die Gemeinden und die Länder ebenso gleichgeschaltet worden wie die deutsche Presse. Sozialdemokratische Politik damit zu vergleichen, ist eine sprachliche Entgleisung ersten Ranges!



Ziel sozialdemokratischer Politik im Düsseldorfer Landtag ist, noch deutlicher zu machen, daß der Schwerpunkt kommunaler Aufgabenerledigung bei den Selbstverwaltungsaufgaben liegt. Pflichtaufgaben nach Weisung sollen nicht unkritisch und unreflektiert übertragen werden, sondern nur dann, wenn dies aufgrund besonderer öffentlicher Landesinteressen auch besonders gerechtfertigt werden kann.

Die notwendige Sicherung einheitlicher Grundprinzipien soll den gesetzlichen Rahmen beschreiben, innerhalb dessen den Gemeinden ein eigener Gestaltungs- und Verantwortungsbereich verbleibt. In Zukunft muß besonders begründet werden, wenn Aufgaben nicht als Selbstverwaltungsaufgaben übertragen werden. Dort, wo dies nicht der Fall sein kann, muß ausreichender kommunaler Handlungsspielraum verbleiben.

Damit dieses Ziel erreicht werden kann, wurde die Landesregierung aufgefordert, künftigen Gesetzesvorhaben nicht nur wie bisher die Problemdarstellung, ihre Lösung sowie mögliche Alternativen und Kosten voranzustellen. Es gilt auch aufzuzeigen, wie sich das Gesetzesvorhaben im einzelnen auf die Entscheidungskompetenzen der Kommunen auswirkt. Die nordrhein-westfälische Landtagsfraktion verspricht sich davon, daß künftig früher eine "rote Lampe" aufleuchtet, wenn der kommunale Handlungsspielraum Gefahr läuft, eingeschränkt zu werden, und zwar schon so frühzeitig, daß Schieflagen der Entwicklung bereits im Entstehungsstadium verhindert werden können.

(-/26.9.1984/ks/rs)

+ + +



Klarer Kurs gegen die Bonner Wende  
-----

Hessen ein Jahr nach der Landtagswahl: Rückblick und Ausblick

Von Ernst Welteke MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Vor einem Jahr, exakt am 25. September 1983, wählten die Bürger Hessens einen neuen Landtag und machten die SPD mit 46,2 Prozent wieder zur stärksten politischen Kraft im Land. Vorausgegangen war ein Wahlkampf, in dem die Hessen-SPD klaren Kurs gegen die Bonner Wende-Koalition bezogen hatte. Dies ist Anlaß für einen Rückblick auf die vergangenen zwölf Monate und zu einem Ausblick auf die noch verbleibende Zeit der Legislaturperiode.

Wer sich heute die politische Lage in der Bundesrepublik anschaut und die Fehlleistungen der Wende-Koalition mit den hessischen Verhältnissen vergleicht, der kommt zu dem Schluß: Gegenüber dem Bonner Chaos um Massenarbeitslosigkeit, Lehrstellenpleite, Buschhauskandal, Katalysator-Hick-Hack und Schlamperei in der Deutschlandpolitik herrschen in Hessen preußisch geordnete Verhältnisse. Hier wird das verwirklicht, was den Bürgern im Wahlkampf versprochen worden ist:

- Ein Haushalt, dessen Investitionen vor allem Arbeitsplätze sichert und schafft,
- Neuordnung der Abfallwirtschaft,
- langfristige Sicherung der Energieversorgung,
- humane Regelungen beim Nachzug und für den Aufenthalt von ausländischen Mitbürgern und deren Angehörigen, die von den großen Kirchen ausdrücklich begrüßt werden,
- Bildungsurlaub für alle,
- Novellierung des Personalvertretungsgesetzes und Einführung der Förderstufe überall im Land.



Angesichts der Kommentare nach der Landtagswahl über die Ausweglosigkeit aus den hessischen Verhältnissen zeigt sich bereits ein Jahr später, daß das politische Management in unserem Lande funktioniert - und das bei durchaus schwierigen Mehrheitsverhältnissen im Landtag.

Ausdrücklich möchte ich auch auf die häufig nicht beachtete Tatsache hinweisen, daß die SPD auch ihr Versprechen, keine Koalition einzugehen, gehalten hat: Nach der totalen Verweigerung von CDU und FDP kam es mit den Grünen zu Vereinbarungen über die Architektur einer neuen Politik. Aber es gibt in Hessen eben keine Koalition, sondern eine tolerierte Regierung. Die Vereinbarungen stehen jetzt auf dem Prüfstand. Die soziale und wirtschaftliche Lage Hessens zeigt, daß sie ihre erste Bewährungsprobe längst bestanden haben: Weniger Arbeitslose, mehr Lehrstellen und ein höheres Bruttosozialprodukt als im Bundesdurchschnitt werden ergänzt von steigenden Zahlungen Hessens in den Länderfinanzausgleich, von dem vor allem CDU-regierte Bundesländer profitieren.

Ein Jahr nach der Landtagswahl und nach einer Schmutzkampagne der Opposition in Hessen steht fest: Unser Land blüht; es ist ein Hort der Liberalität und sorgt in den entscheidenden Fragen des Umweltschutzes in beispielhafter Weise vor für kommende Jahrzehnte.

(-/26.9.1984/ks/rs)

+ + +



Kiechles Politik ist ruinös

Der Strauß-Angriff auf den Landwirtschaftsminister könnte Kohl veranlassen, diesem alles zu verzeihen

Von Jan Oostergetelo MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Agrarausschuß des Deutschen Bundestages

Seltsame Schauspiele werden den Bürgern in "diesem unserem Land" geboten, seit die geistig-moralische Erneuerung in die Tat umgesetzt wird, denn die Aufführung des Ballettes "Durch die Wende zur Erneuerung" leidet sichtlich an der Laienspielermentalität einiger Darsteller.

So taumelt der eine fortwährend über unsachgemäß verlegte Bühnenkabel, der andere sorgt für Unruhe beim Publikum, weil er partout den großen Deutschlandpart nach der Vorlage von 1937 geben will. Die Rolle des großen Rechtswahners scheint gar nicht besetzt, die des außenpolitischen Lehrlings leidet darunter, daß der Darsteller wohl zu viele Engagements gleichzeitig betreibt. Alle Darsteller kann man kaum besprechen - schließlich hat man kein Buch zu schreiben.

Da der oberste Choreograph aber jeden Fehler verzeiht, dürfen alle weiter machen, selbst wenn der bayerische Inspizient ein Donnerwetter losläßt.

Ignaz Kiechle heißt der gebeutelte, der nach diesem Donnerwetter mit zwei Vorwürfen zu leben hat: Seine Politik habe dazu geführt daß allein in Bayern 30.000 landwirtschaftliche Betriebe vor dem Ruin stehen - verursacht durch die Agrarpolitik unter Kiechle und Kohl - und zweitens habe er nach dem Willen der CSU sowieso nicht Landwirtschaftsminister werden sollen, auf gut Deutsch: diese Besetzung sei ein Fehlgriff und die Schuld dafür liege allein beim Kanzler.

So schwer es fällt, dies gerade gegenüber Strauß zuzugeben: wo der Mann Recht hat, hat er Recht.

Kiechle ist nach eigenem Lippenbekenntnis angetreten, um 1. die Überschußproduktion zu beenden, 2. die Agrarkosten zu senken, 3. die Struktur des bäuerlichen Familienbetriebes zu sichern; letztere ist durch die Fehlentwicklung der EG-Agrarordnung besonders gefährdet, gerade hier müßte positiv sofort etwas unternommen werden.



Sein Allheilmittel: die Quotierung! Sie ist bisher nur für den Milchbereich eingeführt und alle Landwirte, die in anderen Sektoren produzieren, haben nur noch eine Schonfrist.

Aber der Reihe nach: Überschußproduktion - die Überschüsse auf dem Milchsektor sind um ein Drittel reduziert, aber 20 Prozent Überschüsse bleiben auch in diesem Sektor. Auf allen anderen Sektoren steigen die Überschüsse munter weiter. Das hat Folgen - nämlich für 2.: Die Finanzen. Denn nach den - nur von den Beteiligten - hochgelobten "Sparbeschlüssen" des Frühjahres meldet Brüssel: Im EG-Haushalt fehlen mindestens 4,5 Milliarden DM, verursacht durch die Kostensteigerung in der Agrarpolitik. Noch Fragen?

Wenn also die Quotierungsregelung nicht richtig bei den Überschüssen greift, bei der Kostenbegrenzung eher das Gegenteil bewirkt, eins zumindest schafft sie: Sie ruiniert große Teile der bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland!

Radikaler Einkommensverfall insgesamt, drohender Ruin für die finanzschwachen Klein- und Mittelbetriebe und als "Krönung" des Ganzen: ein Chaos sondergleichen. Die Regierung kündigt Ausführungsbestimmungen an - sie lassen auf sich warten. Sie behauptet gegenüber den Bauern, jetzt seien sie gesichert, aber diese wehren sich gegen die "tödliche Sicherheit", klagen gegen die Regierung und sind dabei neue Verbände zu konstituieren, weil sie sich im rhetorischen Eintopf von Unionspartei und Bauernverbandsspitze nicht mehr wiederfinden können.

Ob Kiechle zurücktritt? Kenner der Bonner "Wendeszene" halten es eher für unwahrscheinlich. Durch den Angriff aus München sind Kohl und Kiechle nur noch mehr zusammengeschweißt - schließlich läßt man sich nicht aus Bayern sagen, wer im Kabinett sitzt.

Auszubaden haben dies alle anderen - Bauern, Steuerzahler und Verbraucher.

(-/26.9.1984/ks/rs)

+ + +

